

## Notizen

In Österreich findet gegenwärtig eine heftige Auseinandersetzung um das von einer französischen Tochterfirma von Hoechst entwickelte Präparat RU 486, die sog. Abtreibungspille (vgl. HK, Januar 1989, 15–17), statt. Zunächst erregte der Gesundheitsprecher der ÖVP, der Arzt *Erwin Rasinger*, durch mißverständliche Äußerungen Aufsehen, die später zögerlich vom ÖVP-Chef, Vizekanzler *Josef Riegler*, richtiggestellt wurden. Und fast zur gleichen Zeit provozierte Gesundheitsminister *Harald Ettl* (SPÖ) mit der Ankündigung, das Präparat „versuchsweise“ in einer Wiener Klinik zuzulassen mit der Begründung, dies sei aus sozialen Gründen gerechtfertigt, den heftigen Widerstand der „Aktion Leben“, der österreichischen Bischöfe und auch verschiedener katholischer Verbände. Der Gesundheitsminister, so die „Aktion Leben“, müsse sich fragen lassen, ob ihm angesichts der ohnehin hohen Zahl von Abtreibungen in Österreich nichts anderes einfalle, als ein Tötungsmittel zu propagieren. Mit dem Streit um RU 486 verbinden sich einzeln auch Bestrebungen, die geltende Gesetzgebung (eine reine Fristenregelung) zu überprüfen. Doch sowohl Vizekanzler Riegler wie Bundeskanzler *Franz Vranitzky* verteidigten das geltende Recht, Vranitzky mit dem „Zusatz“: Man werde „keinen Vorwand zulassen, um das Recht der Frau einzuschränken, über sich und ihren Körper selbst zu bestimmen“.

Der Präsident der französischen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Bischof *Joseph Roziervon Poitiers*, kritisierte angesichts der zugespitzten Lage am Golf den von Frankreich betriebenen Waffenhandel. In einem Interview mit der Tageszeitung „La Croix“ (8.9.90) meinte er, der Golfkonflikt lege die Widersprüchlichkeit der französischen Rüstungspolitik offen. Geradezu selbstmörderisch sei es, nur aus wirtschaftlichen Beweggründen Waffenhandel zu betreiben. Man könne nicht einerseits ein Land in den Stand versetzen, Kriege zu führen, und sich von den schließlich geführten Kriegen distanzieren wollen. Waffenhandel sei der heuchlerische Versuch, Gewalt zu begünstigen, über die man anschließend schamhaft den Mantel des Schweigens breite. Damit stelle er nicht das Recht seines Landes in Abrede, zum Zwecke der eigenen Verteidigung Waffen zu produzieren.

Zum neuen Vorsitzenden der ungarischen Bischofskonferenz wurde Anfang September der Erzbischof von Eger (Erlau) in Nordungarn, *István Seregély*, gewählt. Diese Wahl bedeutet für die katholische Kirche in Ungarn insofern eine gewichtige Zäsur, als bisher der Erzbischof von Esztergom und Primas von Ungarn

(gegenwärtig Kardinal *László Paskai*) kraft Amtes Vorsitzender der Bischofskonferenz war. Die Wahl eines Konferenzvorsitzenden wurde jetzt aufgrund eines neuen Status der Bischofskonferenz möglich, das unlängst vom Heiligen Stuhl approbiert wurde. Unter dem kommunistischen Regime liefen die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche praktisch ganz über den Primas, was diesem eine gegenüber dem Episkopat übermächtige und deshalb häufig auch kritisierte Stellung verlieh. Stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz wurde jetzt der Bischof von Szeged-Csanád im Süden des Landes, *Endre Gyulay*. Als Sekretär wurde Weihbischof *Asztrik Várszegi* (Esztergom) bestätigt, wichtiger Exponent des Bemühens um eine umfassende Erneuerung der ungarischen Kirche.

In Großbritannien und Irland haben sich Anfang September die *neuen ökumenischen Zusammenschlüsse* konstituiert, die an die Stelle des bisherigen „Britischen Rates der Kirchen“ treten, dem die katholische Kirche nicht angehörte. Demgegenüber ist die katholische Kirche jetzt in den neuen ökumenischen Zusammenschlüssen für England („Churches Together in England“), Schottland („Action for Churches Together in Scotland“) und Wales („Cytun“, das walisische Wort für „Zusammen“) als Vollmitglied vertreten. Insgesamt gehören dem englischen Zusammenschluß neunzehn Kirchen und Gemeinschaften an, von der Kirche von England bis zu „schwarzen“ Pfingstkirchen; in Schottland sind es neun Kirchen. Als Dachorganisation der drei Zusammenschlüsse für England, Schottland und Wales sowie der ökumenischen Räte in Irland (die dortigen Kirchen sind alle gesamtirisch organisiert) besteht jetzt der „Council of Churches for Britain and Ireland“, der die Arbeit der verschiedenen Gremien koordinieren soll.

In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul fand vom 14. bis 18. August der sechzehnte *Baptistische Weltkongreß* statt. Neben ca. 50 000 Baptisten aus Südkorea nahmen mehr als 10 000 Angehörige baptistischer Gemeinden aus über 80 Ländern an dem Kongreß teil. Erstmals konnte an dem alle fünf Jahre stattfindenden Weltkongreß auch eine größere Gruppe von Baptisten aus der Sowjetunion teilnehmen. Während des Kongresses, der unter dem Thema „Gemeinsam in Christus“ stand, wurden bei zwei Massentaufen etwa zehntausend Menschen getauft (die Baptisten kennen nur die Erwachsenentaufe). Zum neuen Vorsitzenden des Baptistischen Weltbundes wurde in Seoul der dänische Pastor *Knud Wumpelmann* gewählt; er löst den Australier *Noel Vose* in diesem Amt ab.

Nach einer Schließung von drei Jahren kann die *katholische Universität Betlehem* als erste von insgesamt fünf Universitäten in den von Israel besetzten Gebieten ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen. Mit Beginn des Aufstandes der Palästinenser im Herbst 1987, der sogenannten „Intifada“, war diese Universität durch die israelischen Militärbehörden geschlossen worden. Vor ihrer Schließung hatte sie 1200 Studenten und 120 Dozenten. Ein Teil der Studenten hat inzwischen das Studium an anderen Universitäten beendet. Z. T. konnte der Studienbetrieb provisorisch in anderen Räumlichkeiten weitergeführt werden. Eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Studienanfängern wird auch deshalb erwartet, weil die übrigen palästinensischen Hochschulen weiterhin geschlossen bleiben.

Zum ersten Mal seit seiner Amtsübernahme haben die brasilianischen Bischöfe die Politik von Präsident *Fernando Collor de Mello* scharf kritisiert. In einer Erklärung zum brasilianischen Unabhängigkeitstag, dem 7. September, bezeichnete es der Ständige Rat der Brasilianischen Bischofskonferenz als nicht akzeptabel, daß die Armen des Landes die Hauptlast des Austeritäts-Programms der Regierung tragen sollen. Die Existenz von Millionen von verarmten Menschen sei ein Zeichen für die radikale Verneinung der demokratischen Ordnung. Die Lebensverhältnisse der Armen sei der Bewertungsmaßstab, mit dem die Effektivität der demokratischen Ordnung gemessen werden müsse. Die Bischöfe kritisierten den Präsidenten auch wegen des „übermäßigen“ Gebrauchs, den er von seinen exekutiven Rechten mache, indem er Dekrete am Kongreß vorbei erlasse. Diese Form des Regierens sei als Ausnahme gedacht und dürfe nicht zur Norm werden.

### Berichtigung

Bei der Dokumentation „Die Teilung verschwindet – die unterschiedlichen Mentalitäten bleiben“ der Texte von Hans Maier und Hans Joachim Meyer im Septemberheft der HK ist in der Wiedergabe des Referats von Hans Maier eine sinnstörende Auslassung unterlaufen. Der volle Text von Seite 428, rechte Spalte, 9. Zeile von unten hätte vollständig lauten müssen: „Ein wenig solidarischer werden wir alle miteinander umgehen müssen, wenn die Einigung gelingen soll ...“

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Verlegerbeilage, je ein Prospekt des Verlages Butzon und Bercker, Kvelaer, des Christophorus-Verlages, Freiburg, und einem Teil der Auflage von *Missio, Internationales Katholisches Missionswerk, München*, beigelegt.